

Präsident des Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 38
Fernschreiber 0886890

P/XIV/97 - 29. April 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Sozialdemokratie und Staat Von H.G. Ritzel, MdB	100
3	<u>Das Minuten-Interview:</u>	
	MdB Käthe Strobel zum Thema "Vorratswirtschaft"	38
4	NATO-Mitglied Spanien? Ein Vorstoss der französischen Regierung	32
5	Ein Dorf weicht der Zerteilung Deutschlands Rundstedt im Braunkohlenrevier an der Zonengrenze	50
6 - 8	DKP - "Einzigste Partei mit deutscher Seele" Die Entwicklung einer "Bewegung" in Rheinland-Pfalz Politische Reportage von Horst Stüeling - Mainz (1)	152

* * *
* * *

Sozialdemokratie und Staat

Von H.G. Ritzel, MdB

Der Fluss des politischen Geschehens, vor allem Regierungsbildungen nach Landtagswahlen, die in Bonn geplante Umbildung der Bundesregierung, die Neuwahl des Bundespräsidenten und andere Ereignisse stellen das Verhältnis der Sozialdemokratie zum demokratischen Staat immer aufs neue zur Diskussion. Es ist unzweifelhaft, dass sich die Sozialdemokratie schon im Parlamentarischen Rat und im Wirtschaftsrat, sodann in den Ländern und schliesslich in einer konstruktiven Opposition im Bund bleibende Verdienste erworben hat. Zahlreiche Äusserungen ihres zu früh verstorbenen Vorsitzenden Kurt Schumacher und entsprechende Beschlüsse der Partei, einschliesslich der Bundestagsfraktion, haben in Fragen der Bundespolitik der Partei immer wieder aufs neue den Weg zur konstruktiven Mitarbeit und zur Festigung der Demokratie gewiesen. Böswillige Äusserungen verstanden es, in der öffentlichen Meinung den Eindruck zu erwecken, als ob der Kampf der Sozialdemokraten gegen die Politik der Regierung Adenauer ein Kampf gegen die Demokratie sei. Das Gegenteil ist wahr und beweisbar.

Ohne die Sozialdemokraten und ohne ihr entsprechendes Verhalten auf dem Boden des Parlaments und in den Gewerkschaften sowie in der Bildung der öffentlichen Meinung wäre die Bundesrepublik Deutschland schon längst zum Spielball radikaler, die Demokratie gefährdender Kräfte geworden.

Neuerdings tritt durch die zur Zeit stärkste Partei, die CDU/CSU, eine Tendenz in Erscheinung, die unzweideutig zwei Ziele verfolgt: Einmal die Konservierung der eigenen Machtstellung, zum anderen in immer stärker werdender Weise das Bestreben, den sozialdemokratischen Einfluss im Staat zurückzudrängen. Wo Ansatzmöglichkeiten zur konstruktiven Zusammenarbeit auch mit der SPD bestehen, werden sie systematisch ignoriert, bekämpft und nach Möglichkeit vernichtet. Die letzten Beispiele sind die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung in Niedersachsen und der Vorstoss des 2. Vorsitzenden der Deutschen Partei, Schneider, der zugleich auch Vorsitzender der DP-Bundestagsfraktion ist. Schneider hat den Christlichen Demokratien in Baden-Württemberg, im Saarland, in Berlin und in Bremen empfohlen, ihre Regierungskoalition mit der Sozialdemokraten zu lösen.

Es besteht der Eindruck, dass dieser DP-Abgeordnete nicht weiss, was er Millionen von pflichtbewussten deutschen Wählern mit diesem überaus merkwürdigen Schritt antut und wie sehr er das Staatsbewusstsein derselben Millionen deutscher Frauen und Männer ins Herz trifft.

Wie die Vertreter des deutschen Volkes im Bundestag und in den Ländervertretungen wirklich denken, wird sich aus ihrem Handeln am 1. Juli 1959 bei der Wahl des neuen Bundespräsidenten in Berlin ergeben. Die Entscheidung über diese Wahl liegt bei der Bundesversammlung. Die Bundesversammlung setzt sich nach Artikel 54 des Grundgesetzes aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern zusammen, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

Es soll an dieser Stelle nicht die Rede sein von dem unglücklichen Versuch von CDU-Abgeordneten, das Stimmrecht der Berliner Mitglieder des Bundestages bei der Wahl des Bundespräsidenten in Zweifel zu ziehen. Vielmehr soll diese Betrachtung im Rahmen einer Überlegung des Verhältnisses Sozialdemokratie und Staat die Mitglieder der Bundesversammlung an höhere Gesichtspunkte erinnern als sie einer wahltaktischen Arithmetik und dem Machtstreben einer einzigen Partei zugrunde liegen können.

Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, mit ihrem besten Mann, der für das Amt des Bundespräsidenten nominiert werden konnte, mit Professor Dr. Carlo Schmid, an der Verantwortung im Bund teilzunehmen. Es wäre verletzend und kein Akt der Staatsklugheit, wenn die Bundesversammlung dieses Angebot der Sozialdemokraten zurückweisen würde. An der Eignung ihres Kandidaten kann im Ernst niemand zweifeln. Carlo Schmid erfüllt als Kenner des ausländischen öffentlichen Rechts und des Völkerrechts, als ehemaliger Kultur- und Justizminister des Landes Württemberg-Hohenzollern, als Kulturpolitiker, als seinerzeitiges Mitglied des Parlamentarischen Rates, als Senator der Max-Planck-Gesellschaft, als Präsidialmitglied des Deutschen Roten Kreuzes sowie als Mitglied der beratenden Versammlung des Europarats und der Versammlung der Westeuropäischen Union in seltener Masse die Voraussetzungen, die in schicksalsschwerer Zeit an einen deutschen Bundespräsidenten gestellt werden müssen. Es darf als ein Glücksfall bezeichnet werden, dass in der Person des weit über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus angesehenen Prof. Dr. Carlo Schmid eine Persönlichkeit zur Verfügung steht, die es rechtfertigt, der Bundesversammlung über alle parteipolitischen Grenzen hinaus die Wahl dieses Mannes zu empfehlen. Würde Carlo Schmid zum Bundespräsidenten gewählt werden, so wäre es zum Nutzen für das ganze Volk.

Neue Zeiten bedingen neue Männer. Mit dem Wechsel im Amte des amerikanischen Aussenministers geht, was alle Berichte zeigen, die aussenpolitische Konzeption des Bundeskanzlers Dr. Adenauer zu Ende. Dr. Adenauer als Vertreter der patriarchalischen Hegemonie bewirkt sich gleichfalls um das höchste Staatsamt in der Bundesrepublik. Die Bundesversammlung hat eine ernste und in ihren Folgen voraussichtlich weittragende Wahl zu treffen. Sie hat ein Ausleseverfahren zu betätigen, das besonders vom Standpunkt der Kleinen Parteien aus politische Weisheit und staatsmännische Tat erfordert. Es darf sich bei der Wahl des künftigen Bundespräsidenten nicht um eine Wahl um der Macht willen handeln; es darf unter keinen Umständen soweit kommen, dass Verfassungskonflikte entstehen, weil ein zum Bundespräsident gewählter Bundeskanzler Dr. Adenauer unter der von ihm angestrebten Koordinierung der Politik die Überwindung des Rechts des künftigen Bundeskanzlers verstehen würde, der verfassungsmässig das Recht und die Pflicht hat, die Richtlinien der Politik zu bestimmen.

Professor Dr. Carlo Schmid wäre der sichere Garant für das oberste demokratische Grundgesetz, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Daran muss die Bundesversammlung in ernster und entscheidungsschwerer Stunde denken. Die Bundesversammlung, die ihre Existenz selbst nur dem Volke verdankt, wie die Parteien, ob gross ob klein ihre Existenz ebenfalls nur dem Volke und seinen Willenskundgebungen verdanken. Es wäre an der Zeit, aus Gründen der Staatsklugheit endlich das Vernünftige und damit das Notwendige zu tun. Das deutsche Volk und seine Vertreter sollten aus der eigenen Vergangenheit gelernt haben.

Das Minuter-Interview:

MdB Käthe Strobel

zum Thema "Vorratswirtschaft"

SPD-Pressedienst: Frau Abgeordnete Strobel, wie beurteilen Sie die in letzter Zeit sich häufenden Versuche der Bundesregierung, für eine sogenannte Vorratswirtschaft Stimmung zu machen? Sie sind ja seit Jahren im Bundestagsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft tätig und haben sich auch einen beachtlichen Ruf als Sachverständige in den Verbraucherorganisationen erworben, so daß Sie sicher eine gute Übersicht über die mit dem Begriff "Vorratswirtschaft" zusammenhängende Probleme haben.

MdB Käthe Strobel: Jede vernünftige Hausfrau wird - wenn es irgend möglich ist - einen kleinen Lebensmittelvorrat haben. Dafür gibt es viele Gründe. Man kann den Küchensettel schnell ändern, ist unabhängiger von zeitraubenden Einzelaufkäufen, kann bei besonderen Anlässen etwas "zubuttern" und auch finanziell einmal eine andere Ausgabe oder einen Einnahmefall überbrücken. Wenn bei einer solch' kleinen Vorratshaltung im privaten Haushalt keine finanziellen Einbußen entstehen sollen, muß die Hausfrau allerdings die verderblichen Waren immer wieder erneuern und muß bei der Auswahl ihrer Vorräte überlegt kaufen. Viele Hausfrauen haben in dieser Beziehung manche schlechte Erfahrung gemacht. Eine objektive Verbraucherberatung über die Haltbarkeit der verschiedenen Lebensmittel, ihren Ernährungswert, Markt- und Preisprobleme, kann sie bei dieser sicher wünschenswerten haushälterischen Maßnahme wirksam unterstützen. Das ist aber eine ständige Aufgabe in Zusammenhang mit der bestmöglichen Versorgung der Familie mit Nahrungsmitteln.

Wenn aber eine solche Vorratshaltung im privaten Haushalt in der Form einer Aktion von der Regierung gestartet wird, dann bekommt sie einen eigenartigen Beigeschmack. Es kann doch niemand im Ernst annehmen, daß private Vorratshaltung im kleinen städtischen Haushalt ein echter Krisenschutz ist. Warum also diese versteckte Aufforderung zum Hamstern? Warum eine Liste von Waren, die vom Standpunkt einer vernünftigen Ernährungs- und Vorratshaltung so anfechtbar ist wie das Merkblatt des Bundesernährungsministeriums? Soll es eine kleine Konjunkturpritze für die unwirtschaftliche Einfuhr- und Vorratsstellenpolitik sein? Will man das Schweizer Beispiel ungekonnt und überlegt nachahmen?

Da kann man nur sagen: Die deutschen Hausfrauen haben auf diese durchsichtige Aktion besser reagiert als die Urheber. Sie kaufen weiter was sie selber für richtig halten und wann es ihnen richtig erscheint.

29. April 1959

NATO-Mitglied Spanien ?

sp - Schon vor längerer Zeit hat eine der zahlreichen Vorgänger-Regierungen de Gaulles versucht, Spaniens Beitritt in die Nordatlantische Verteidigungsorganisation (NATO) vorzubereiten. Damals scheiterte der Versuch an dem Widerstand der Engländer und nicht zuletzt an den Vorbehalten der skandinavischen Regierungen, die mit Recht darauf hinwiesen, dass Franco-Spanien eine Diktatur sei und dass die Nordatlantische Verteidigungsorganisation eigentlich dem Zweck dienen sollte, die Freiheit zu verteidigen. Befürworter der Aufnahme Spaniens in die NATO waren die Bundesrepublik, Italien und die Türkei, während sich die Vereinigten Staaten mit Rücksicht auf Grossbritannien und Skandinavien reserviert verhielten. Wenn jetzt die französische Regierung einen erneuten Anlauf zugunsten Francos nimmt, muss sie sich der Zustimmung Bonn sehr sicher sein und auch annehmen dürfen, dass Washington aus rein militärischen Gründen "mitzieht".

Im Hintergrund des ganzen Unternehmens steht die Überlegung, dass Spanien als Stationierungsland für interkontinentale Raketen an Bedeutung zunimmt, falls im Verlauf der Ost-West-Verhandlungen ein Auseinanderrücken der Militärblöcke in Mitteleuropa möglich werden sollte.

Politisch bleibt das Problem der Aufnahme Spaniens in die NATO unverändert peinlich. Franco-Spanien ist ein Diktatur-Staat; darüber können auch noch so viele militärische Argumente nicht hinwegtäuschen. Die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft würde also durch die Aufnahme Spaniens sich selbst der vermeintlichen moralischen Wert nehmen, der nach offizieller Lesart bisher darin bestanden haben soll, eine Gemeinschaft freier Staaten zur Abwehr der Diktaturgeüßte des Ostens zu sein. Ob Grossbritannien und die skandinavischen Bündnispartner in der NATO bereit sein werden, diese moralische Durchlöcherung der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft gutzuheissen, ist noch fraglich. In Bonn, Rom und Ankara dürften keine Hemmungen bestehen, Herrn Franco zum Demokraten zu machen.

Ein Dorf weicht der Zweiteilung Deutschlands

B.P. 925 Jahre nach der ersten geschichtlichen Erwähnung der im Helmstedter Braunkohlenrevier liegenden Gemeinde Rundstedt wird sie vom Erdboden verschwunden sein. Geht man von den Verhältnissen der Gegenwart aus, weicht das Dorf Rundstedt einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit. Lässt man aber die tieferen Ursachen nicht unbeachtet, so ist Rundstedt ein Opfer der Zweiteilung Deutschlands.

Die beiden Braunkohlenmulden, die das Helmstedter Revier zu einem Zentrum der Braunkohlenindustrie machten, dehnen sich in einer Länge von 35 Kilometern und einer Breite von acht Kilometern in ost-westlicher Richtung zwischen den Höhenzügen des Elm, der Asse und des Barenberger Rückens aus. Die Zonengrenze durchschneidet dieses einst nur als wirtschaftliches Ganzes zu erkennen gewesene Gebiet in einer volkswirtschaftlich widersinnigen Weise. Die Sowjetzone ist dabei im Vorteil. In ihrem Braunkohlenrevier befinden sich heute zirka 300 Millionen Tonnen und in dem der Bundesrepublik rund 140 Millionen Tonnen der Reserven, die in Tagebau abgebaut werden können. Sind westlich des eisernen Vorhangs noch weitere 90 Millionen Tonnen Tiefbaureserve vorhanden, gehörten zur "Braunschweigischen Kohlenbergwerken AG" - BKB-Helmstedt - bis 1952 die Tagebaue "Treu" mit einer Jahresförderung von 4,8 Millionen Tonnen, "Wulfersdorf" mit 1,8 Millionen Tonnen und "Viktoria" mit rund einer Million Tonnen Jahresförderung. Politisch einseitig wurde der eiserne Vorhang im Mai 1952 noch dichter geschlossen. Die Folge war, dass die BKB-Helmstedt nahezu ein Drittel ihrer Förderkapazität verlor. Dadurch ist auch Rundstedt zum schnellen Sterben verurteilt.

Im Braunkohlenrevier Helmstedt ist der Tagebau "Treu" besonders wichtig geworden. Das Teilrevier "Viktoria" wird bald in seiner letzten Reserve so weit erschöpft sein, dass sich der Tagebau "Treu", der wesentlich zur Stabilität der Förderung beitragen muss, verhältnismäßig schnell an das Dorf Rundstedt heranschiebt. Wie zu erfahren war, werden sich spätestens schon 1963 Abraumagger dort in die Erde wühlen, wo heute noch Häuser, die Schule und auch die Kirche von Rundstedt stehen. Nicht länger als 12 Monate später wird kaum noch etwas an der Zonengrenze an das Dorf erinnern. Man wird höchstens sagen, dass es aus volkswirtschaftlichen Gründen abgebaut werden musste. Wer weiss, ob es dann noch jemand so deutlich aussprechen wird, wie es heute noch in Rundstedt und Umgebung zu hören ist: "Hätte die Zonengrenze nicht unser gesamtes Braunkohlenrevier geteilt, wäre die Sterbestunde für Rundstedt noch nicht so schnell gekommen!"

Bei dieser für Niedersachsen recht umfangreichen Aktion geht es auch um ganz nichtarme Zahlen. 55 Millionen DM wären etwa erforderlich, wenn die Gemeinde nicht umgesetzt und als Folge daraus ein neuer Tagebau aufgeschlossen würde. Für die Beseitigung bzw. Umsetzung des Dorfes sind Beträge notwendig, die höchstens etwas mehr als den zehnten Teil dieser Summe ausmachen.

Seit Jahren schon besteht für Rundstedt Bausperre. 1950 zogen die ersten Rundstedter um, deren Mehrzahl sich von Braunkohle revier ernährt. 1950 verzeichnete das Dorf mit 1283 Einwohnern überhaupt die Spitze seit der über 900-jährigen Bestehen. Bis heute hat sich die Einwohnerzahl auf zirka 600 reduziert.

DRP - " Einzige Partei mit deutscher Seele "

Eine politische Reportage von Eorot Stübbling - Mainz(I)

"Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen ... sind verfassungswidrig." - So steht es seit zehn Jahren in Artikel 21 (2) des Grundgesetzes. Es ist nach dieser zwingenden Vorschrift unerheblich, ob solche Gruppen eine akute Gefahr bilden. Anders hätte man 1956 der KP nicht die Ehre des Verbots widerfahren lassen müssen, denn dieser Verein näherte sich ohnehin von Wahl zu Wahl immer unaufhaltsamer dem absoluten Nullpunkt. Wer nicht bereit ist, die nur zu bitteren und wahrlich teuer genug bezahlten Erfahrungen der Vergangenheit zu vergessen, muß sich heute fragen, wann endlich auch gegenüber der DRP dem Grundgesetz der gebührende Respekt verschafft werden soll.

Unter der Bezeichnung "Deutsche Reichspartei" haben die Verderber des Deutschen Reiches eine festgefügte Organisation formiert. Allein der Name ist eine schlichte Frechheit. Er ist zugleich aber auch ein Programm. Denn die DRP unternimmt den Versuch, den kritischen Blick für die Unterscheidung von historischen Ursachen und Wirkungen durch nationale Phrasen zu vernabeln. Daher ihre Gefährlichkeit. Bei diesen Krachdeutschen an der Spitze handelt es sich um genau die gleichen Leute, die einst alle Macht und höchste Würden, am Ende aber keinerlei Verantwortung trugen. Sie treten in verblüffender Unbefangenheit vor uns, als sei nichts geschehen, als sei das von dieser Sorte "Führer" verurteilte und betrogene deutsche Volk ihnen gar noch etwas schuldig.

Frucht systematischer Arbeit

Die DRP ging aus der langen und wechselvollen Geschichte des Kampfes eines Dutzends rechtsradikaler Organisationen als "Endeiegerein" hervor. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen erwies sie mit 3,8 Prozent der Stimmen deutlich genug ihre Wichtigkeit. Anders in Rheinland-Pfalz. Mit 5,1 Prozent gelang ihr hier der Sprung über die Hürde des Wahlgesetzes. Dank der zusätzlichen Sicherung durch den für die jeweiligen Wahlkreise vorgeschriebenen "Teilungsfaktoren" kann die DRP statt der ihrem Stimmenanteil entsprechenden sechs Mandate nur einen Sitz beanspruchen. Das wurde zu Recht weithin als Phänomen gewertet und je nach Standort leicht dramatisiert oder grob bagatellisiert. Der DRP-Zulauf in Rheinland-Pfalz kam nicht durch Zufall.

Es ist durchaus unzulässig, sich mit der Feststellung zu beruhigen, daß es doch eigentlich kaum noch offene Anhängerschaft des Nazismus gebe. Als ob es darum ginge! Eine solche Betrachtungsweise ist völlig irrig. Sie verkennt das Wesen der Gefahr. Heute wie damals besteht diese nämlich nicht in der Züchtung extremer Fanatiker. Das waren und sind allenfalls Randerscheinungen. Was sich heute wie damals entscheidend abspielt, ist die Ablösung jeder politischen Auseinandersetzung durch Verwittlung verquallener Mythen und Begriffe.

Um das durch Beispiele zu verdeutlichen: "Der DRP geht es nicht um Preise oder Löhne oder den Teufel sonst was, sondern um Deutschland!" (DRP-Vorsitzender Meinberg). Das ist die noch erinnerliche "Volksgemeinschaft" Adolfs des Verflissenen. Seinerzeit wurden alle wirklichen Probleme scheinbar ganz radikal gelöst, etwa das Generationsproblem unter dem Motto: "Jugend muß von Jugend geführt werden!" Daß die Jugend nie in strafbarer Abhängigkeit war, wurde durch das Schlagwort bewußtseinsmäßig kaschiert. Und so heute wieder in der Propaganda der DRP, auf deren Raffinement die Definition von Albert Camus zutrifft: "Geschichte besteht aus Tatsachen, die durch Legenden zur Lüge werden."

Wahrheit und DRP - unvereinbare Begriffe

Die Wahrheit und die DRP sind unvereinbare Begriffe. Nehmen wir DRP-Wahlredner Fang-Ulrich Rudel, Oberst a.D. Er seit nicht Mitglied der Partei, betonte er. Seltsam: Zur Bundestagswahl 1953 stand er auf der rheinland-pfälzischen DRP-Landesliste als Kandidat an dritter Stelle. "Unser Kamerad" Rudel wurde als "alleiniger Träger der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung" präsentiert. Und was ist mit Korvettenkapitän Lütth? Na ja, der ist halt noch im Mai 1945 gefallen, während damals Rudel im US-Offizierslager Chorboung erklärte, er wäre zu den Russen geflohen, wenn er gewußt hätte, daß für die Amerikaner keine Extrawurst braten. "Lassen wir doch endlich die alten Dinge", meint Rudel jetzt.

Rudel mag ein tapferer Soldat gewesen sein. Hocher untosweifelbar aber ist er - wie in Wort und Schrift erwiesen - ein erklärter Antidemokrat. Was heißt das, wenn dieser Mann vor den 1500 Besuchern seiner Mainzer Kuragebung sagt, bei Leuten, die das Deutschlandlied nicht miteingen, kenne die DRP (der er doch gar nicht angehört) "keinen Kompromiß"? Rudel darf mit lässigen Bemerkungen die Institutionen der Bundesrepublik, die in einem weltweit bestaunten "Wirtschaftswunder" aus einer Trümmerruine aufgebaut wurde, bis hinauf zum Bundespräsidenten ironisieren, darf Worte wie "Dresden" und "Bombentoppland" in den Saal werfen - Beifall rauscht auf. Ein Kriegsbeschädigter, der sich angewidert abwendet, muß von Polizei in Schutz genommen werden - die Rabauken bleiben ungeschoren. Rudel: "Ich bin soeben als Tourist aus Ägypten gekommen; ich möchte nicht als Emigrant dorthin zurückgehen!" Er darf unbesorgt schlafen; so tief wie der Schlaf der deutschen Demokratie kann seiner gar nicht sein.

Eine andere Szene: Fiftlers Flugkapitän Bauz erzählt in DRP-Wahlkundgebungen zwei geschlagene Stunden lang von den "trahnvollen" letzten Tagen der Reichskanzlei und von seiner russischen Kriegsgefangenschaft, in der er unverdientermaßen wohl ganz allein zu leiden hatte. Solche Geschichten den zur Wahl aufgerufenen Bürgern von Rheinland-Pfalz! Bei der Saar-Kuragebung in Weissenheim/Glen mußten einige Oberprimaner über diese "todernste" und "tiefttragische" Kolportage lächeln. Da weist sie als Versammlungs-Kommandeur der "Kamerad" Blatt aus Idar-Oberstein, weiland NS-Führer, barsch zurück: "Laßt Euren Verstand zu Hause und zeigt lieber etwas mehr Charakter!" (Blatt ist übrigens Studienrat und mit der Erziehung unserer Jugend beauftragt.)

Die alte Methode

Das alles ist aufs Klar genau die alte Methode. Sie lief ehedem darauf hinaus, die Massen gesellschaftspolitisch zu neutralisieren. Und mit Erfolg. Die politische Abstänken im Wirtschafts- und Gesellschaftsverhalten, eines der wichtigsten Kennzeichen vor- und nachfa-

schistischen Denkens, ist heute noch die bedenklichste Erbschaft des tausendjährigen Reiches. Hier setzt die DKP folgerichtig an. Und das nicht erst in jüngster Zeit. Denn was diese Partei in Rheinland-Pfalz so überraschend voranbrachte, war keinesfalls ein "Angriff aus der Sonne". Bereits seit 1952 ist der braune Spuk hierzulande im Gange. Seit 1952 wird das von DRP-Führer Weinberg unter Berufung auf die unveränderte Gültigkeit der "Erkenntnisse" eines Adolf Hitler in Erinnerung gebrachte Rezept befolgt: Das gesprochene Wort wirkt nicht mehr als das gedruckte. Also: "Wir müssen daher auch heute wieder trommeln!"

Das war der Anfang

Am Anfang mußte man freilich genauer hinhören, um die "Trommler" zu bemerken, die da noch recht niedrig schienen. Es begann mit einer "Bewegung von Unabhängigen" in den rheinland-pfälzischen Kreisen Worms und Alzey kurz vor den Kommunalwahlen 1952. Wie Pilze schossen allerorten "Freie Listen" aus dem Boden. Sie erfreuten sich nachdrücklicher Förderung durch die FDP. Als Regisseur fungierte erst hinter und bald auch vor den Kulissen ein gewisser Otto Heß, Oberregierungsrat z.W. (geboren 19.12.1905), Schwiegerson eines Osthofener Fabrikanten. Im Kreis Alzey ackerte der Armsheimer Landwirt Johann Weintz, bis 1945 NS-Landesbauernführer. Zu seiner Kundgebung wurde Wilhelm Weinberg aus Wasserkurl im Kreis Unna herbeizitiert, Uralkämpfer, SS-Brigadeführer, Staatsrat Görings, Reichsobmann des Nährstandes, ab 1937 Vierjahresplan-Beauftragter Görings in den Reichswerken, ab 1941 Sonderbeauftragter für den Transport der Kohle im Rahmen der "Reichsvereinigung Kohle".

Das erste Spektakelstück der "freien" Bewegung ging in der 6000-Seelen-Heß-Gemeinde Osthofen über die politische Bühne. Im März 1953 boxte die "Freie Liste" mit ihren 12 Stimmen gegen die sieben der SPD den Antrag durch, elf Straßen umzubenennen: Thomas Mann, der "Eckschewistenfreund", sollte Bismarck weichen und Hessens legendärer "roter Herzog" Karl Ulrich dem Kaiser Wilhelm, aus der Carlo-Mierendorff-Straße sollte eine Wörnserstraße werden, aus der Ludwig Schwamb-Straße eine Mainzerstraße, aus der Erzberger-Straße eine Burgstraße, aus der Rathenau-Straße eine Mühlenstraße und aus der Friedrich Ebert-Straße eine Hauptstraße. Einzig der Name des ersten republikanischen Reichspräsidenten Ebert sollte an anderer Stelle wieder verwendet werden: für den Weg zur Abdeckerei!

Begründung dieses erstaunlichen Antrags: Sogar die Putzfrauen(!) wußten nicht, wer Thomas Mann sei, und niemand könne sich an die "neuen Namen" gewöhnen, die 1946 unter "Störung des Erinnerungsbildes der Jugend von ihrer engeren Heimat" lediglich "unter dem Schutz der Bajonette der Besatzungsmacht von einer Minderheit aufgerichtet" worden seien.

Dazu war festzustellen, daß es die traditionsbeflissenen Antragsteller selbst gewesen waren, die 1933 nichts eiliger zu tun hatten, als die Hauptstraße in Adolf Hitler-Straße, die Wörnserstraße in Horst-Wessel-Straße, die Mainzerstraße in Hermann Göring-Straße usw. umzutaufen. - orgeschert des "Erinnerungsbildes der Jugend von ihrer engeren Heimat". Und gerade die Namen der Leuschner, Mierendorff und des sozialdemokratischen Staatsrats Schwamb bleiben sehr eng mit der Orts-tradition verbunden. Denn im KZ Osthofen traten sie ihren Leidensweg an, an dessen Ende sie so aufrecht starben wie sie gelebt hatten - im Gegensatz zu der braunen Kamille. - Auf ein Einspruch des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten von Rheinbessen wurde der Beschluss kassiert. (Fortsetzung folgt.) + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel